



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.11.2011

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 20:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Bode
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Funk
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer Bis TOP 3
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch Ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender Ab TOP 2
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Dr. Schmid
Frau Stadträtin Sonntag
Herr Stadtrat Späh
Herr Stadtrat Walter
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest TOP 3 befangen
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Beck, Forstamt	Bis TOP 5
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt	Bis TOP 5
Frau Christ, Stadtplanungsamt	
Herr Fessler, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Herr Simon, Hauptamt	
Herr Walz, Gebäudemanagement	Bis TOP 5
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2012 der Stadt Biberach	
3.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Köhlesrain I - 1. Änderung"	181/2011
4.	Dezernatsoptimierung - Änderung der Geschäftsbereiche der Beigeordneten	184/2011
5.	Redaktionsstatut und Namensgebung für das Mitteilungsblatt der Stadt Biberach	178/2011 + 178/2011-1
6.	Neufassung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Biberach	176/2011
7.	Förderrichtlinien zur Kooperation zwischen kommunalen Kultureinrichtungen, freien Kulturvereinigungen, gemeinnützigen Einrichtungen der Jugend, Bildungs- und Sozialarbeit sowie des Sports mit Kindertageseinrichtungen sowie allgemein bildenden Schulen in der Stadt Biberach	175/2011
8.	Resolution des Gemeinderats zur Volksabstimmung am 27.11.2011	
9.	Bekanntgaben	
9.1.	Zukunftscafé Biberach - Projekt der Hochschule	
10.	Verschiedenes	
10.1.	Sauberkeit Gigelberg	

Die Mitglieder wurden am 11.11.2011 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 17.11.2011 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Hagen Vollmer fragt, ob der Antrag der Freien Wähler zum Roten Bau erneut auf die Tagesordnung genommen werden könne.

OB Fettback bejaht dies, wobei eine Frist von einem halben Jahr einzuhalten sei, es sei denn, der Sachverhalt hätte sich verändert.

TOP 2 1. Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2012 der Stadt Biberach

OB Fettback führt aus, der Haushaltsplan enthalte wichtige Dinge, wobei man im Rahmen der Klausurtagung bei den wesentlichen, haushaltsbestimmenden Projekten eine Vorentscheidung getroffen habe. Gleiches gelte für die Entscheidungen im Rahmen der Beratungen des Kindergartenberichts. Daher werde er nur einige Grundsatzaussagen treffen. Aufgrund der Vorentscheidungen beinhalte der Haushaltsplan im Wesentlichen den Vollzug von Beschlüssen. Daher habe man auch entspannte Haushaltsplanberatungen wie nie in den letzten 18 Jahren erlebt. Vor einem Jahr sei man noch davon ausgegangen, nur 85 Mio. Euro in der Rücklage zu haben. Zum Jahresende 2011 werde man voraussichtlich deutlich über diesem Planansatz liegen. Alle Restriktionen, die man 2009 mit Blick auf das Krisenjahr getroffen habe, habe man mittlerweile zurück genommen, die letzten mit dem aktuellen Haushaltsplan. Dies zeige, dass man in der Lage sei, zu reagieren, wenn Entwicklungen dies notwendig machten, dass man Restriktionen aber auch wieder zurück nehme, wenn sie nicht mehr erforderlich seien, wie dies beispielsweise beim Schulbudget erfolgt sei. Die Verwaltungsspitze sei sich einig darin, dass ein wichtiges Thema, das angegangen werden müsse, der Auftrag zur Prüfung der Einführung einkommensabhängiger Gebühren im Betreuungsbereich sein müsse. Insgesamt stellt er fest, man verzeichne eine gute Haushaltsentwicklung, die alle zufrieden stellen müsste, auch wenn dies sicher nicht der Fall sein werde, was legitim sei. Andere Einschätzungen oder Strategien seien in Ordnung.

Sicher werde man über den Stellenplan diskutieren, da einige zusätzliche Stellen vorgesehen seien, wie beispielsweise seine Projektassistenz oder zusätzliche Stellen für den Ordnungsdienst. Die übrigen Stellenmehrungen seien im wesentlichen nur der Vollzug von Gemeinderatsbeschlüssen beispielsweise im Rahmen des Kindergartenberichts.

Er äußert die Hoffnung auf konstruktive Diskussionen. Man gehe von Personalkostensteigerungen in Höhe von 2,78 Prozent aus. Als positiv hebt er die Mittel hervor, die zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zur Verfügung gestellt würden.

Sorgen bereiteten die Kreisumlage und die Ausschüttung der OEW. Im Kreishaushalt sei man mit einer höheren Kreisumlage um 1,7 Punkte gestartet. Nun seien 1,9 Punkte mehr in den Kreishaushalt eingestellt und er gehe davon aus, dass eine noch höhere Steigerung beschlossen werde. Es sei besser jetzt der Wahrheit ins Auge zu sehen, als in Folgejahren Nachträge zu provozieren. Tendenziell werde die Kreisumlage in den kommenden Jahren steigen.

Als unendliches Thema bezeichnet er den Sozialpass, für den man in den letzten Prüfungen sei. Man sei sich nicht schlüssig darüber, was wirklich effektiv sei, denn man wolle dass die Mittel dort ankommen, wo sie auch benötigt würden. Man wolle gleichzeitig aber auch keinen riesigen Verwaltungsaufwand produzieren. Er äußert die Hoffnung Ende 2011, spätestens Anfang 2012 eine Vorlage zum Thema unterbreiten zu können.

Auch der soziale Mietwohnungsbau sei immer wieder Thema und EBM Wersch und BM Kuhlmann hätten sich ein Pilot-Projekt für Mitte des Jahres 2012 vorgenommen.

Großer Dank gebühre dem Land Baden-Württemberg für seinen Haushaltserlass, der eine deutliche Entlastung der kommunalen Haushalte bringe, was beispielsweise die Betreuung von unter 3-jährigen Kindern betreffe. 736 Mio. Euro seien hierfür vorgesehen und das Land habe zugesagt, ab 2012 68 Prozent der Betriebskosten der Krippen zu übernehmen. Das Land und die kommunalen

Spitzenverbände hätten also Wort gehalten. Er bezeichnet dies als gute Grundlage für die Beratungen im Bauausschuss und Hauptausschuss.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch führt aus, er wolle mit seinen Ausführungen nicht viel von OB Fettback wiederholen. Er unterstützt seinen Vortrag durch eine Power-Point-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt ist.

Mit einem Haushaltsvolumen von 158.780 Mio. Euro handle es sich um den größten Haushaltsplan, der je planmäßig eingebracht worden sei. Dies verdeutliche, was in Biberach alles laufe. Der Verwaltungshaushalt sei gegenüber dem Vorjahr um 10 Mio. Euro höher, was hauptsächlich mit höheren Steuereinnahmen zu begründen sei. Dies bringe eine Verbesserung im Liquiditätsüberschuss. Er nennt hier die wichtigsten Steuereinnahmen. Bei der Grundsteuer gehe man von Stabilität aus. Bezüglich des Einkommensteueranteils gehe der Steuererlass von höheren Erwartungen aus und man versuche seit Jahren, einen mittleren Weg zu gehen. In den vergangenen Jahren habe man daher immer ein Plus von 1 bis 2 Mio. Euro verzeichnet. Es sei durchaus sinnvoll, dieses Thema solide anzugehen. Der Gewerbesteueransatz mit 65 Mio. Euro liege im Bereich der aktuellen Erwartungen. Es sei kein Anlass zu Luftsprüngen gegeben, man habe aber Hinweise aus der Wirtschaft, dass alles ordentlich laufe. Die Auftragsneueingänge verliefen jedoch zurückhaltend. Der wichtigste Steuerzahler kämpfe aktuell an vielen Fronten. Die Umlage bei Finanz- und Gewerbesteuer liege im Rahmen. Die Kreisumlage habe man mit 1,7 Punkten höher eingepflegt, müsse aber in der mittelfristigen Finanzplanung nachlegen. Auch er spricht von Überlegungen des Landkreises, 1,9 Prozentpunkte zu erhöhen und dies zu halten. Das Thema werde den Kreis aber in den Folgejahren einholen. Die verbleibenden Einnahmen seien mit 40,7 Mio. Euro im Vergleich zu den Vorjahren recht hoch.

Die Kosten seien ausgehend vom Jahr 2008 bezüglich der Personalkostensteigerung eher abnehmend. Zur Personalentwicklung führt er aus, dass über 56 Prozent der neuen Stellen dem Bereich Kindergärten zuzurechnen seien und über 8 von 16,7 Stellen gehörten auch in den Bereich Bildung und Betreuung. Zwischen 2003 und 2006 habe man Personalkostenstabilität verzeichnet, wobei man die Ausgliederung der Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Wohnungswirtschaft berücksichtigen müsse. Ab 2006 seien die Personalkosten angestiegen. Die Personalkosten, die an Dritte bezahlt würden, hätten sich seit ca. 2010 auf hohem Niveau verstetigt. Die Kosten für Schulsozialarbeit habe man nachrichtlich in die Darstellung eingerechnet, wobei das Land signalisiert habe, verbesserte Bedingungen und höhere Zuweisungen zu gewähren.

Beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand bezeichnet er es als wichtig, dass man die Gebäudeunterhaltung stärken und erheblich mehr Aufwand in der Straßenunterhaltung betreiben, was man auch beibehalten wolle, solange dies finanzierbar und personell leistbar sei. Bei den Betreuungskosten verzeichne man exorbitante Steigerungen in den letzten Jahren. Dies beweise, was Gutes geleistet werde. Das Prinzip der Konnexität könne nun offensichtlich erfolgreich mit dem Land verhandelt werden, was möglicherweise eine deutliche Entlastung durch Mehreinnahmen von 500.000 bis 750.000 Euro bringen werde. Er spreche sich unabhängig hiervon für eine Erhöhung der Elternbeiträge aus. Es sei auch noch nicht geprüft, wie das Land diese Leistungen finanzieren wolle. Gesamtstaatlich wäre es kein Gewinn, würde über Schulden finanziert. Die Zuführungsrate betrage nach Plan 12,3 Mio. Euro, wobei ca. 2 Mio. der Mehreinnahmen durch strukturelle Veränderungen auf der Strecke blieben.

Das Volumen des Vermögenshaushalts betrage knapp 34 Mio. Euro, der Großteil Bauausgaben, wobei insbesondere die Schulen hiervon partizipierten, was sich in der mittelfristigen Finanzplanung fortsetze. Man habe aufgezeigt, dass man in den Jahren 2013- 2018 im Schnitt über 19 Mio. Euro investieren werde. Die Finanzierung sei vor allem durch eine Rücklageentnahme von knapp 14 Mio. Euro geplant, wobei in den Vorjahren die tatsächliche Entnahme immer geringer ausgefallen sei. Dies sei auch gut so. Im Kernhaushalt habe man nach wie vor keine Schulden, allerdings ca. 32 Mio. Euro bei den Eigenbetrieben Stadtentwässerung, Wohnungswirtschaft, bei den Stadtwerken und ein Teil liege bei der e.wa riss GmbH, die in der Konzernbilanz erschienen. Bei der Stadtentwässerung und dem Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft habe man aufgrund der Rücklagen keine Risiken. Bei den übrigen Einrichtungen werde man sehen.

Man habe negative Erwartungen in die Finanzplanung eingepreist. Er nennt hierbei die Entwicklungen der OEW und die Entwicklung der EnBW. Ferner nennt er die Kreiskliniken, bei denen man versäumt habe, rechtzeitig eine Umstellung einzuleiten. Der Kassensturz lasse deutlich höhere Verluste der Kliniken erwarten, die in den Kreishaushalt nicht eingepflegt seien. Die Chancen seien gering, dass bis 2015 die eingepreisten Mehrkosten zurückgingen. Eventuell gingen sie in den Folgejahren aufgrund von Folgeentscheidungen zurück. Das Risiko durch die Kliniken beziffert er mit 500.000 bis 2 Mio. Euro. Diese Einnahmen führten zu erheblich geringeren Liquiditätsüberschüssen in den Jahren 2013 bis 2015. Man wolle trotz der Risiken der Märkte eine starke Rücklage, um finanzielle Wellen auffangen zu können. Wie viel hierfür erforderlich sei, könne man nicht sagen. Ein bis zwei Jahre Netto-Steuerereinnahmen seien vermutlich erforderlich, wenn der worst case eintreten würde und vernünftig abgewickelt werden solle.

Er zieht das Fazit, das Glas werde leerer, sei aber immer noch halbvoll.

Es wird applaudiert.

OB Fettback nennt noch einige wichtige Zahlen aus dem Haushaltserlass des Landes.

Zu den Kliniken führt er aus, je eher man sich auf das richtige Modell einige, umso besser sei dies. Hierin sei er einig mit EBM Wersch. Das Drei-Standort-Modell sei auch bezüglich der Qualität nicht zukunftsfähig. Selbst ein zentrales Krankenhaus in Biberach wäre immer noch ein kleines Krankenhaus.

Anschließend äußert sich StR Abele zum Haushalt wie folgt:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Dezernenten, sehr geehrte Damen und Herren Amtsleiter, sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung, verehrte Anwesende, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Der Haushaltsentwurf 2012 ist dadurch gekennzeichnet, dass durch die Klausurtagung im Juni dieses Jahres die Eckpfeiler der Investitionsstätigkeit in den kommenden Jahren bereits gesetzt worden sind. Auch wenn Rücklagen in Anspruch genommen werden, und der Finanzdezernent durchaus kritische Worte zur mittelfristigen Finanzentwicklung gefunden hat, halten wir die Beschlüsse des Sommers nach wie vor für richtig. Diese zeigen die Rahmenbedingungen der geplanten Investitionen nachvollziehbar auf. Nicht zu vergessen: viele dieser Investitionen sind Sanierungen und Ersatzinvestitionen, die überfällig sind und anstehen. Wir haben im wesentlichen - meine Betonung liegt auf im Wesentlichen - kein „Nice to have“-Programm verabschiedet, sondern uns an den Notwendigkeiten orientiert. Und wir können auch nicht davon sprechen, dass sich die Stadt in unverantwortlicher Weise verschuldet. Der Kernhaushalt bleibt in der mittelfristigen Finanzplanung schuldenfrei und die Rücklagen

werden bis Ende des Planungszeitraumes noch in nennenswerter Größe vorhanden sein. Zudem stehen alle Beschlüsse letztendlich unter dem Finanzierungsvorbehalt. Sollten sich die Rahmenbedingungen wesentlich verschlechtern, so ist auch das Investitionsprogramm auf den Prüfstand zu stellen. Keine Frage.

Das Problem sind nicht die Investitionen. Der Verwaltungshaushalt ist das, was uns Sorge bereiten muss. Hier bilden sich Beschlüsse von Jahrzehnten ab, seien sie mal oder überhaupt nicht notwendig gewesen oder heute noch aktuell oder auch nicht mehr. Wenn man also das Ziel einer wirklichen Haushaltskonsolidierung erreichen möchte, dann muss der Verwaltungshaushalt in den Mittelpunkt rücken: er muss - ganz einfach gesagt - nachhaltig, und die Betonung liegt dabei auf nachhaltig - entlastet werden. Ein zeitliches Strecken von notwendigen Investitionen bringt hier eben keine nachhaltige Entlastung, nein, vielmehr birgt ein solcher Ansatz die Gefahr in sich, dass Mehrbelastungen entstehen können. Die neuen Stellen – zum Teil sind diese befristet - aus den Beschlüssen der Klausurtagung belasten den Gesamthaushalt in einer Höhe von 0,07 Prozent, nebenbei bemerkt. Man sollte bei dieser Form der inhaltlichen Diskussion bedenken: Die Stadt Biberach befindet sich – Gott sei Dank - in keiner finanziellen Notlage, die Einschnitte notwendig macht, zumindest nicht im Haushalt 2012.

Aber unser Auftrag und unser Selbstverständnis gebietet es, im Falle sich verschlechternder Rahmenbedingungen vorausschauend zu agieren und dann die Maßnahmen auf den Weg zu bringen, welche dann notwendig werden - wie schon gesagt: ausgewogen, ganzheitlich und nachhaltig. Maßnahmen, die wirken und nicht den Anschein haben zu wirken. Wer also gedenkt, den Haushalt abzulehnen, muss Antworten geben, wo gespart und nicht nur geschoben werden soll. Und das kann für uns nur heißen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muss es an die Substanz gehen. Diesen Zeitpunkt jedoch sieht die CDU-Fraktion heute noch nicht gekommen. Wir verschließen uns aber auch nicht der Diskussion, sollten substanzvolle Anträge kommen. Wir sind gespannt.

Wir selbst werden die Ertragskraft des Haushalts weiter kritisch beäugen und bei den anstehenden Investitionsvorhaben unser Augenmerk insbesondere darauf legen, dass diese zu einer Entlastung beitragen können. Und rechtzeitig reagieren, sollten sich die Rahmenbedingungen verschlechtern. Aus diesen Überlegungen heraus war für die CDU-Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, daher die Leitlinie in unseren Vorberatungen - und diese wird sich in den anstehenden Beratungen fortsetzen - dass dennoch nicht noch mehr auf den Haushalt draufgesetzt werden kann. Daher gibt es von uns auch keine kostenwirksamen Anträge, und falls doch, haben wir diese mit Kompensationsvorschlägen versehen, ganz im Sinne einer verantwortungsbewussten Finanzpolitik.

Unsere Anträge zielen in die qualitative Weiterentwicklung unserer Stadt und zur Risikoabschätzung künftiger Entwicklungen. Was können wir tun, um unser Gemeinwesen noch attraktiver zu gestalten? Welche -insbesondere weiche- Standortfaktoren gilt es weiterzuentwickeln? Die Kernanträge unserer Fraktion beschäftigen sich mit diesen Fragen, die ich im Folgenden stichpunktartig skizzieren möchte. Wir haben diese in die Politikfelder im wesentlichen Bildung und Betreuung, mögliche Finanzrisiken, Integration, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, sowie Sicherheit unterteilt.

Beginnen möchte ich mit dem Thema Bildung und Betreuung. Bildung und Betreuung ist das zentrale Thema, das Verwaltung und Gemeinderat in den letzten Jahren massiv vorangetrieben haben. Wir können stolz auf das Erreichte sein und gehen auch 2012 weiter voran: Die dritte

Gruppe in St. Nikolaus im Talfeld wird fertiggestellt. St. Martin wird endlich wieder mit Leben erfüllt werden. Anstehende Sanierungen werden auf den Weg gebracht. Ein Kindergartenneubau bei der vom Hospital betriebenen neuen Kinderkrippe im Talfeld wird angedacht.

Aber auch die qualitative Diskussion geht weiter: Wir müssen gut für unser Personal sorgen, besonders weil der steigende Stellenbedarf zu einer Verknappung guter Mitarbeiter/innen führt. Die Problematik der Öffnungszeiten, die den Erfordernissen heutigen familiären Lebens entsprechen, muss angegangen werden. Das Thema Inklusion bedeutet für Kinder, Eltern und das Personal eine intensive, gleichwohl sinnhafte Herausforderung. Das Gleiche gilt auch für die Kinderbetreuung vorschulischer Art, Hort und Ganztagsbetreuung, die wir in 2011 ausgebaut haben und fortführen müssen. Die Qualität unserer Einrichtungen ist über die Stadtgrenzen hinaus anerkannt. Ein Dank an alle – städtische Mitarbeiter wie auch kirchliche Träger – die hier tätig sind.

Die Frage der Finanzen muss uns allerdings beschäftigen: Über 5 Mio. Euro stellen wir in unserem städtischen Haushalt bereit. Das sind nicht nur Worte, das sind harte Fakten. Auch wenn das logischerweise nicht durch Gebühren refinanziert werden kann, müssen wir doch bei ständig steigendem Angebot an das Thema einer gerechten und fairen neuen Gebührenordnung heran. Schließlich unterstellt das Land Baden-Württemberg den Kommunen einen Deckungsgrad von 20 Prozent.

Die Schullandschaft Biberachs erhält mit dem Neubau der Realschule in der sogenannten Schulmeile einen echten Schub und es wird in 2012 darauf ankommen, dieses Areal und die sich dort bald befindlichen vielen Schulen auch von unserer Seite gut zu begleiten.

Integration: Über 100 Nationalitäten wohnen in Biberach. In den vergangenen Jahren haben Verwaltung und Gemeinderat viel für die Entwicklung des gemeinschaftlichen Lebens und der Integration ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen getan. Man denke an die Einrichtung der Stelle der Integrationsbeauftragten und der Bildung des gemeinderätlichen Integrationsausschusses. Integration lebt aber nicht von staatlichen Stellen, Gremien und/oder öffentlichen und kirchlichen Programmen. Sie muss im Einzelnen stattfinden, im Dialog und im Respekt zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen. Diese privaten Initiativen gilt es zu fördern und zu begleiten. Daher ist unser Antrag auf Prüfung einer Städtepartnerschaft mit einer türkischen Stadt nur konsequent, um das Verstehen der Kulturen auf eine neue, weitere Ebene zu bringen. Wir sehen dieser Diskussion mit Spannung entgegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Stadtmarketing: Biberach als Mittelzentrum befindet sich genau in der geografischen Mitte der beiden Oberzentren Ulm und Ravensburg. Wir müssen unsere Anstrengungen intensivieren, um in diesem Wettbewerb der Städte vorne mitspielen zu können. Bisher geht von Biberach eine hohe Strahlkraft ins Umland aus, dank eines sanierten Stadtzentrums, einer mittelstandsorientierten städtischen Wirtschaftspolitik ohne zusätzliche Bürokratiehemmnisse und einem breiten Angebot an Dienstleistungen und Waren, welches engagierte Händler und Unternehmer in unserer Stadt tagtäglich den Kunden und Besuchern präsentieren. Hier muss die Stadt die Rahmenbedingungen nicht nur in städtebaulicher Hinsicht und einem investitionsfreundlichen Klima weiterentwickeln, sondern auch im Bereich der weichen Standortfaktoren, wie zum Beispiel der Information, der Kommunikation, der Selbstdarstellung der Stadt geeignete, flankierende Instrumente zur Verfügung zu stellen. Mit dem Ziel, die Marke Biberach greifbar, bekannt und transparent zu machen. Eine Verschärfung der Bürokratie oder Gängelung privater Initiativen durch das Verwaltungshandeln wird es mit uns nicht geben. Aus diesem Ansatz entspringen unsere Anträge

zu diesem Themenbereich, die sich mit der Attraktivierung der Märkte, besucherfreundlichen Beschilderungen oder der Umsetzung einer Stadt-App für Biberach beschäftigen.

Wirtschaftsförderung: Den Wohlstand in unserer Stadt verdanken wir unseren Betrieben – egal, ob groß oder klein – und den Beschäftigten, die Tag für Tag professionelle Arbeit an ihren Arbeitsplätzen leisten.

Biberach ist heute dank der richtigen Weichenstellungen in den Nachkriegsjahren und einer wirtschaftsfreundlichen Stadtpolitik, die den richtigen Rahmen für das Wirken der Unternehmen setzte, eine Wohlfühlstadt mit einem umfassenden Angebot für die Bürgerinnen und Bürger in allen Bereichen: Wohnqualität, Kultur, Bildung und nicht zuletzt in der Kinderbetreuung. Dieser Erfolg muss täglich neu erarbeitet werden, sich auf den Lorbeeren auszuruhen und sprudelnde Gewerbesteuerquellen als „gottgegeben“ anzusehen, ist falsch und wäre töricht. Aufgrund einer falschen Eingemeindungspolitik in den siebziger Jahren ist Biberach heute in seiner Gemarkungsfläche an die Grenzen gestoßen, was eine zukunftsorientierte Flächenentwicklung angeht. Mit dem neuen Gewerbegebiet „Flugplatz“ haben wir unser letztes Pfund in die Waagschale geworfen. Um Stillstand zu vermeiden, sind wir daher auf die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden angewiesen und wir wollen diese auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, da die Gemeinden im Verwaltungsraum ebenfalls vitaler Bestandteil unserer Stadtentwicklung sind. Doch solche Vorhaben benötigen Zeit. Daher unser Antrag, jetzt mit den Umlandgemeinden in einen Dialog einzutreten, mit dem Ziel, ein gemeinsames, interkommunales Gewerbegebiet direkt an den Toren der Stadt, zum Beispiel zusammen mit Mittelbiberach zu entwickeln.

Sicherheit: Sicherheit und Ordnung waren schon immer ein wichtiger Bestandteil christdemokratischer Politik. Daher haben wir auch vor vier Jahren den Antrag zur Neuausrichtung der städtischen Bemühungen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Biberach eingebracht. Die Säulen Prävention und Repression sollen im Gleichklang diesem Ziel dienen. Mit der Diskussion zur Einführung des 3-Säulen-Modells – für uns besser 4 Säulen: Streetwork und offene Jugendarbeit – Präsenzdienst – Ordnungsdienst – Polizei geben wir zu bedenken, dass es darum geht, für die Bürgerinnen und Bürger eine optimale Sicherheitslage im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten zu entwickeln, die Bevölkerung aber nicht zu gängeln. Gefühlte Sicherheitsdefizite gibt es vor allem in den Nachtstunden. Daher unser Antrag, dass eine zusätzliche Stelle im Ordnungsamt unsere Zustimmung findet, wenn diese genau diesem Anspruch genügt.

Kreisumlage: Die Kreisumlage soll nach dem Haushaltsentwurf um 1,7 Prozentpunkte steigen, was für Biberach eine zusätzliche Belastung in Höhe von rund 1 Mio. Euro darstellt. Der Kreishaushalt birgt weitere Risiken in sich. Sicher ist heute schon, dass aufgrund der Energiewende die Ausschüttungen der EnBW über die OEW an die Kreise zurückgehen werden und somit Geld in den Haushalten fehlen wird. Wir befürchten gar einen Totalausfall, was eine weitere Erhöhung der Kreisumlage mit sich bringen würde. Wir sprechen von Millionenbelastungen für die Stadt. Aber auch die Beschlüsse des Kreistages zur Struktur der Kliniken im Landkreis erzeugen deutliche Mehrkosten, die über die Kreisumlage abgedeckt werden müssen. Daher unser Antrag, die Risiken des Kreishaushaltes aufzuzeigen, verbunden mit der Aufforderung an die Biberacher Kreistagsmitglieder, sich nochmals für eine kosteneffiziente Lösung bei gleicher Qualität in der Klinikdebatte einzusetzen. Die geplante mittelfristige Steigerung der Kreisumlage um insgesamt 5 Prozentpunkte ist für uns nicht akzeptabel.

Stellenplan: Eine dynamische Verwaltung benötigt Stellen, keine Frage. Und auch der Gemeinderat ist nicht gerade unschuldig, wenn aus der Verwaltung der Ruf nach neuen Stellen schallt: sind

dies doch Auswirkungen gemeinderätlicher Beschlüsse. Und dennoch muss mit Stellenmehrungen sehr sorgsam umgegangen werden, salopp gesagt: Eine Stelle kann nicht so schnell abgebaut werden, wie sie geschaffen wird. Jede neue Stelle muss daher auf den Prüfstand, ob sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt notwendig ist und welche Folgewirkungen ausgehen. Wir sprechen uns dafür aus, Stellen im Bereich Bildung und Betreuung, einem der zentralen kommunalen Zukunftsthemen, zu genehmigen. Auch soll der Oberbürgermeister zur Unterstützung seiner Arbeit eine 0,5-Stelle bekommen, wie wir es gemeinsam mit den Freien Wählern beantragt haben. Andere Stellenanforderungen sehen wir wesentlich kritischer und werden die Frage stellen, ob diese notwendig sind.

Schlussbemerkungen: Unser Dank geht an das Finanz- und Wirtschaftsdezernat, insbesondere an Herrn Ersten Bürgermeister Wersch und Frau Leonhard, sowie auch an alle anderen beteiligten Ämter für die Erstellung des Haushaltsplanes. Wir wünschen den nun anstehenden Beratungen einen konstruktiven und zügigen Verlauf. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

StRin Kübler führt für die SPD-Fraktion folgendes aus: "Sehr geehrte Damen und Herren, 2011 – ein Jahr voller Turbulenzen rund um unseren Globus. Ich denke dabei an den Arabischen Frühling und den immer noch nicht ausgestandenen Kampf für Freiheit, Wohlstand, Mitsprache und Demokratie, die Schuldenkrise und die damit verbundene Euroschwäche mit der wachsenden Verunsicherung in der Bevölkerung und die Landtagswahl in Baden-Württemberg im März des Jahres. Das Unvorstellbare ist Wirklichkeit geworden – Grün/Rot löst Schwarz/Gelb ab. Stuttgart 21: Der Volksentscheid am 27.11. lässt hoffentlich endlich wieder Ruhe in unser Land einkehren. Den Roten Bau: Die offene Abrissdiskussion hat Bewegung in die ganze Sache gebracht. Steht uns ein zweiter Bürgerentscheid bevor? Ich persönlich finde diesen Gedanken gar nicht mal so schlecht.

Turbulenzen aber im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2012 sind keine in Sicht. Die Haushaltszahlen haben sich gegenüber der Gemeinderat-Klausur im Juni des Jahres sogar noch verbessert.

Um es nochmals ins Gedächtnis zu rufen, was wurde in dieser Klausur beschlossen? Die zeitliche Eintaktung zum Abbau des Investitionstaus im Bereich der Biberacher Schulgebäude, Feuerwehr und der Mehrzweckhalle Mettenberg. Ebenso gab es Grünes Licht für ein Jugendhaus, ein Gemeinschaftshaus in Rissegg sowie für den zweiten Kunstrasenplatz. Dies sind alles sinnvolle Investitionen für die Zukunftssicherung. Das Finanzdezernat allerdings sieht darin eine Abkehr vom Erhalt einer zukunftsorientierten Handlungsfähigkeit. Dies kann auf der Seite 012 im Vorbericht nachgelesen werden. Dem möchten wir vehement widersprechen. Denn uns ist allen klar, sollten sich die finanziellen Rahmenbedingungen verschlechtern, kann jederzeit die Notbremse gezogen werden. Veränderungen bzw. Verschiebungen von Projekten sind immer möglich. Das Konsolidierungsjahr 2010 hat doch deutlich aufgezeigt, dass bei erkennbaren finanziellen Einbrüchen Einsparungen, Gebührenerhöhungen, zurückhaltende Investitionen mit diesem Gemeinderat möglich sind. Aber es wurde damals auch gleichzeitig kommuniziert, dass nach einer Stabilisierung der Haushaltslage Sparmaßnahmen auch wieder zurück genommen werden. So ist es zum Beispiel nur rechtens, dass die Schulbudgetkürzung wieder rückgängig gemacht wurde.

Auf den Seiten 013 und 021 des Vorberichts wird auf die sinkenden Kostendeckungsgrade hingewiesen. Hierzu haben wir eine klare Meinung. Qualitätssteigerung und Kostenentwicklungen

erfordern Gebührenanpassungen. Für die SPD-Fraktion ist eine Gebührenerhöhung aber nur akzeptabel, wenn im gleichen Zuge eine Kinder- oder Familienkarte beziehungsweise -pass, egal wie das Papier letztendlich heißt, eingeführt wird. Die Redebeiträge beim 2. Bürgerkulturgespräch am Wochenende drehten sich immer wieder um die Ermöglichung der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Wir müssen den Worten auch Taten folgen lassen. Biberach ist eine reiche Stadt, und doch gibt es auch in Biberach Menschen, Familien, die durch alle sozialen Netze fallen und sich eher zurückziehen, als Forderungen stellen. Unser Einsatz gilt diesen Menschen, auf dass sie, ohne stigmatisiert zu werden, teilnehmen, teilhaben und Teil sein können. Städte wie Tübingen, Karlsruhe, Ravensburg und, und, und ... haben derartige Ermäßigungsmöglichkeiten doch auch auf den Weg gebracht. Gerade den Leistungen für Familien und Kinder mit ihrer eindeutig wichtigen Funktion für die Zukunftssicherung des Gemeinwesens und der Gesellschaft muss vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ein besonderer Stellenwert eingeräumt werden, da sie als rückläufige Bevölkerungsgruppe quantitativ an Bedeutung und damit an Einfluss verlieren. Denn, laut einer Studie des Landesjugendhilfeausschusses des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, werden die stärksten Verluste dieser Gruppe im Zeitraum 2008 – 2020, also noch in diesem Jahrzehnt zum Tragen kommen. Erfreulicherweise hat Biberach laut Statistik im Jahr 2011 eine 10-prozentige Geburtensteigerung zu verzeichnen. Eine Bestätigung dafür, dass die Stadt mit den bisher beschlossenen Projekten und ihrer Politik den richtigen Weg einschlägt. Außerdem kann auch zeitnah im Bereich Betreuung mit finanziellen Hilfen von der neuen baden-württembergischen Landesregierung gerechnet werden.

Den neuesten Meldungen ist zu entnehmen, dass folgende sinnvolle Wohltaten beschlussreif sind, wie höhere Zuschüsse zu den Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung. Ein Bereich, in dem eine enorme Entwicklung stattgefunden hat und noch weiterhin bevorsteht. Zusätzliche Mittel für Sprachfördermaßnahmen und die Übernahme zu einem Drittel an den Kosten für Schulsozialarbeit, was die Möglichkeit eröffnet, an den Gymnasien Schulsozialarbeit einzuführen, ohne die Deckungsreserve anzugreifen. Derartige Nachrichten hört ein Finanzbürgermeister doch sicherlich gern.

Risiken sehen wir eher im Bereich der Kreisumlage. Die Mehrheit der Fraktion betrachtet die Entwicklung der OEW-Erträge und das Festhalten an der Klinikstruktur, was einen hohen Finanzierungsbedarf der Kreiskrankenhäuser zur Folge hat, mit Sorge. Leider müssen wir hilflos zusehen, da wir ja keine Entscheidungskraft haben. Wir stehen zur Neubaulösung eines Kreiskrankenhauses in Biberach mit der Notwendigkeit einer guten Verkehrsanbindung und sind auch bereit, Grundstück und die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Nun zu unseren Anträgen: Die großen Investitionen wurden, wie bereits am Anfang erwähnt, bereits im Juni dieses Jahres auf den Weg gebracht. Mit unseren aktuellen Anträgen wollen wir zum Teil einen Anstoß geben, ein wenig über den Tellerrand zu schauen. So erklärt sich auch unser Antrag zum Thema Bildung. Unsere Bitte lautet, die Biberacher Schullandschaft darzustellen unter Berücksichtigung der zurückgehenden Schülerzahlen, künftiger Nutzung, Standortveränderungen und der Möglichkeit einer Weiterentwicklung zur Gemeinschaftsschule. Und mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen in Stafflangen fordern wir für das Schulgebäude ein Gesamtkonzept mit möglichen Alternativnutzungen. Wir können uns dort sehr gut ein ‚Haus der Schule und Vereine‘ vorstellen. Die Gaisental-Grundschule feiert in zwei Wochen die Fertigstellung der Teilsanierung und des Erweiterungsbaus. Wir freuen uns, dass diese Schule nun endlich ihr Ganztagesangebot in angemessenen Räumen durchführen kann. Bei Planung der Erweiterung wurden Visionen entwickelt, Hort, Kindergarten und Krippe mit einzubinden. Inwieweit diese Gedanken in der Verwaltung weiterentwickelt wurden, möchten wir uns berichten lassen.

Sport: Um die angedachte Kletterhalle am neuen Realschulstandort ist es sehr ruhig geworden. Wir sind nach wie vor von dem pädagogischen Mehrwert einer Kletterhalle überzeugt und wollen mit der Einforderung des aktuellen Planungstandes dies nochmals verdeutlichen. Das Gleiche gilt zum Stand der Umkleideräume am Erlenweg einschließlich der Erweiterung der WC-Anlagen. Über die Ausbautart und -größe gab es zwischen Verwaltung, Vereinen und Gemeinderat unterschiedliche Auffassungen. Dem Haushaltsplan 2012 ist leider nicht zu entnehmen, ob oder welche Planungsveränderungen zwischenzeitlich vorgenommen wurden. Ganz wichtig ist uns aber auch, dass die Vereine bei dem ganzen Prozess mit einbezogen werden.

Verkehr: Überlegungen zur künftigen Radwegeführung vom Weißen Bild nach Birkenhard sowie die Querung der Ulmer/Memminger Straße von Radfahrern und Fußgängern nach Fertigstellung der Nord-West-Umfahrung sollen vorgestellt werden. Das heute schon absehbare höhere Verkehrsaufkommen erfordert unseres Erachtens frühzeitige Planungen. Ebenso sehen wir noch Bedarf an ausreichenden oberirdischen Fahrradabstellplätzen an Schulen und Plätzen.

Bürgernahe Stadt: Der Gigelberg als Naherholungsgebiet bedarf einer regelmäßigen Betrachtung. Die Begehbarkeit der beiden Türme ist für uns schon langgehegtes Ziel. Daher fordern wir eine Gesamtkonzeption, die auch den Hirschgraben, die Höhlensituation, die Baumbestandserfassung und die Wegesicherheit umfasst. Ausreichend Toiletten auf unseren Friedhöfen. Diese Thematik gewinnt mit der immer größer werdenden Zahl älterer Mitbürger an Gewicht. Damit haben wir neben den beiden konfessionellen Friedhöfen auch den Stadtfriedhof im Blick. Die Größe und die damit verbundenen langen Wege fordern eine weitere Toilette am Ausgang Schlierenbachstraße. Auch muss nun endlich die Sanierung der oberen Toilette in Angriff genommen werden. Parkscheine in Biberach für oberirdische Parkflächen per SMS – hört sich gut an. Es gibt bereits Städte, die dies erfolgreich praktizieren. Wir sind gespannt, wie die Antwort auf unseren Prüfungsauftrag ausfällt. Mit neuen Buslinien entstehen auch neue Haltestellen. Ein Haltepunkt liegt unmittelbar an der Hochschul-Außenstelle in der Hubertus-Liebrecht-Straße. Dieser Haltepunkt wird gerne genutzt. Wir halten daher ein Buswartehäuschen dort für sinnvoll und haben hierfür Mittel beantragt. Der Kindergarten Ulrika-Nisch ist bei näherer Betrachtung ein Gesamtsanierungsfall. Doch bis zu einer endgültigen Entscheidung sollten zumindest die Räume einen neuen Anstrich erhalten. Außerdem ist eine attraktivere Außenbegrünung dringend erforderlich. Die jetzige Heckensituation rund um das Haus nimmt den Kindern begehrte Spielflächen.

Energie/Umwelt: Ein Antrag enthält die Thematik jetzt dauerbeleuchtete, nicht ständig genutzte Räume in Sporthallen mit Bewegungsmeldern auszustatten. Eine unseres Erachtens nützliche Investition um Energie zu sparen und die sich dadurch auch noch sehr schnell rechnet. Das Umweltschutz- Förderprogramm hat aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen im Umweltschutz und der eingeläuteten Energiewende in seiner Anreizfunktion für die Mitbürger weiterhin eine hohe Bedeutung, daher wollen wir die zur Verfügung stehenden Mittel wieder auf die ursprünglichen 150.000 Euro anheben. Auch die Ressource "Wald" sollte als Kapitalanlage nicht unterschätzt werden. 5.000 Euro für den Erwerb von weiteren Waldgrundstücken erschien uns doch etwas zu wenig. Allzu gern hätten wir ein größeres Zeichen gesetzt, doch mit den mahnenden Worten des Finanzbürgermeisters im Ohr lautet unser Antrag nur, den Ansatz auf 10.000 Euro zu erhöhen.

Zum Stellenplan lauten unsere Anträge: Dotierung einer 1,0 Stelle für die Projektassistenz des Oberbürgermeisters. Eine Forderung, die wir bereits 2010 gestellt haben, weil wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass ein Oberbürgermeister ausreichend Freiräume braucht, um strategisch Denken und Handeln zu können. Selbst die zwei Tagesordnungspunkte weiter zu beschlie-

ßende Dezernatsoptimierung ändert nichts an der Tatsache, eine ausreichend, fachlich fundierte Entlastung im operativen Geschäft für den Oberbürgermeister zu beschließen. Und das kann nur eine ganze Stelle sein. Weiter beantragen wir die Aufhebung des Sperrvermerks für die Stelle des Organisationsentwicklers. Wir sehen in dieser Stelle ein wichtiges Steuerungsinstrument zur Optimierung von Arbeitsabläufen, die unter Umständen auch zu Stellenreduzierungen und somit zu Personalkosteneinsparungen führt. Unsere Ansinnen mit der Schaffung dieser Stelle ist also nicht die Aufblähung der Verwaltung, sondern die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Größeren Unmut ausgelöst hat bei uns die zunehmende Fremdvergabe im Reinigungsbe- reich. Was wir aus vielen Gesprächen heraushörten, überwiegt die Unzufriedenheit in den bereits umgesetzten Ämtern beziehungsweise Schulen. Bevor es zu einer Umsetzung dieser Maßnahmen kommt, fordern wir einen Bericht über die Reinigungszufriedenheit mit Stellungnahme der Be- troffenen.

Trotz unkompliziertem Haushaltsplan 2012 haben wir als SPD Fraktion Fragen und Anträge ge- stellt, nicht um die Verwaltung zu beschäftigen, sondern vielmehr für die Zukunft der Stadt Bi- berach, für den Bürger und die Bürgerinnen, um auch weiterhin ein liebens- und lebenswertes Städtchen zu bleiben.

Danken möchten wir allen, die an der Aufstellung des Haushaltplanes mitgewirkt haben. Die Verwaltung wünscht sich weitgehend einvernehmliche Haushaltsberatungen, hier gibt es nichts hinzuzufügen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Es wird applaudiert.

StR Zügel nimmt für die Freien Wähler wie folgt Stellung: "Meine sehr geehrten Damen und Her- ren, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, „die anderen Fraktionen haben die Schleusen geöffnet.“ Mit diesem Satz beschrieb ein Fraktionsmitglied sehr spontan aber zutref- fend die Haushaltssituation nach den Beschlüssen der Klausurtagung im Juni. Entgegen den Vor- schlägen der Verwaltung – daran muss man sich erinnern - wurden Projekte damals vorgezogen und teilweise neu dotiert. Die Folgen sind bekannt, was heute zum Teil auch geäußert wurde. Der Haushalt wird nach den Kriterien des neuen Haushaltsrechts – und daran haben wir uns zu mes- sen - bereits 2013 oder 2014 nicht mehr den verlangten Haushaltsausgleich erreichen. Und es stellt sich die Frage, wann sollen Abschreibungen erwirtschaftet werden, wenn nicht in finanziell guten Jahren? Die Rücklagen könnten bereits 2015 oder 2016 so niedrig sein, dass sie von den Schulden der Eigenbetriebe überlagert werden. Auch dies haben wir heute gesehen. Ende 2016, vielleicht 2017, sind die Rücklagen aufgezehrt, sagt zumindest der Vorbericht der Verwaltung auf Seite 012. Es gilt das Prinzip Hoffnung, dass die Steuerzahlungen der Betriebe noch höher als prognostiziert ausfallen.

Die FW gilt als in Finanzfragen kritisch eingestellte Fraktion. Wir haben die Beschlüsse der Klau- surtagung nicht mitgetragen, weil durch sie die Haushalte zukünftig besonders mit den Folgekos- ten belastet werden. Wir sehen, dass wir mit dem Haushalt 2012 schon Recht bekommen. Allein 3,4 Personalstellen werden zusätzlich für das 2012 infolge dieser Beschlüsse seitens der Verwal- tung gefordert und der Gemeinderat hat es vorausschauend bewilligt. Diese blähen die Personal- kosten natürlich auf.

Zusätzlich werden in dieser Finanzplanung einige Risiken nicht ausreichend abgebildet. Die poli- tisch nachvollziehbare und verständliche, aber betriebswirtschaftlich grundfalsche Entscheidung zum Kreiskrankenhaus mit der Belastung für die Kreisumlage wurde heute angesprochen. Wir wissen auch gar nicht, wie eine neue Landesregierung dazu steht und ob dezentrale Lösungen im

Sinne der Gesundheitspolitik überhaupt noch akzeptiert werden. Dem Appell von Kollege Abele an die Vertreter im Kreistag, für eine wirtschaftliche Lösung zu kämpfen, können wir uns nur anschließen. Wir haben offene Kosten für den Schulträger durch die Einführung der Inklusion und teilweise der Schulsozialarbeit an den Gymnasien – ein Thema, das überhaupt nicht abgebildet wird. Wir haben die Übernahme der Straßenbaulast durch die Stadt und ganz besonders die Kostenexplosion im Bereich der Kindergärten und der Kinderbetreuung. Der Anstieg von 3 Mio. Euro auf 4,7 Mio. Euro Nettzuschuss ist zu beachten. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir an die von der Landesregierung vorgegebene Zahl von 20 Prozent Abdeckung durch Gebühren kommen. Das wird ein ganz heftiger politischer Kampf. Die mögliche fehlende OEW-Ausschüttung ist angesprochen worden. Da kann ich darüber hinweggehen. Und wir haben als weiteres Risiko unverändert das angenehme Strukturproblem der Stadt Biberach: die Abhängigkeit von sehr wenigen Gewerbesteuer zahlenden Betrieben. Das ist unsere Achillesferse.

Ohne Not wurde durch den Gemeinderat und die Verwaltung die bisher für notwendig erachtete Risikovorsorge des durchschnittlich 1,5- bis 2,0-fachen Nettogewerbesteueraufkommens als Rücklage für die vorher zitierte Delle im Haushalt über Bord geworfen. Hierüber redet kein Mensch mehr. Früher waren wir uns einig, dass dies erforderlich ist. Heute redet keiner mehr davon. Wir hätten uns daher die deutlichen Worte im Vorbericht des Finanzdezernenten, lieber Herr Wersch, früher gewünscht. Sie haben in der Klausurtagung geschwiegen. Für seine Rolle als Hüter und Wächter der Finanzen kam dies spät, vermutlich zu spät.

Natürlich zuckt bei vielen jetzt der Gedanke durch den Kopf (beim Kollegen Funk sogar der Kugelschreiber) weshalb die FW als einzigem Projekt neben dem unumstrittenen Feuerwehrhaus bei den Beratungen in der Klausurtagung ausgerechnet dem Jugendhaus zugestimmt hat. Die einfache Erklärung ist, dass innerhalb der vielen Wohltaten, die bei der Klausurtagung ausgeschüttet wurden, die Jugend zu kurz gekommen wäre, wäre der Bau des Jugendhauses nicht beschlossen worden. Entscheidungen müssen auch politisch ausbalanciert sein. Ob es ein wirklicher Neubau werden wird oder eine Umwandlung eines bestehenden Gebäudes, ob das Jugendhaus 2013 oder 2014 eingeweiht werden wird, ist für die FW-Fraktion zweitrangig. Übrigens auch, ob es in der Breslaustraße steht oder im Roten Bau integriert wird. Vielleicht eröffnen sich aus der Diskussion zum Roten Bau neue Perspektiven zum Thema Jugendhaus. Da müssen wir offen sein und darüber nachdenken.

Aber ich komme zurück zum Haushalt. Dieser stellt sich in seiner Struktur, vor allem in seinen Auswirkungen für die mittelfristige Planung so schief dar, dass er bei einer heutigen Abstimmung nicht die Zustimmung der FW-Fraktion erhalten würde. Denn mit den Beschlüssen für 2012 legt sich der Gemeinderat in zu vielen Bereichen fest, so dass auch das von Kollege Abele geäußerte Argument, schlimmstenfalls könne man alles stoppen, nicht greifen wird. Die Verträge der neuen Mitarbeiter, die Verträge für die Bauvorhaben sind dann bereits unterzeichnet und eben nicht mehr zu stoppen. Und wir haben eine andere Reaktionszeit in der öffentlichen Verwaltung, um auf veränderte Rahmenbedingungen zu reagieren als in der freien Wirtschaft. Es ist der Vorzug der öffentlichen Verwaltung, dass es einen Kündigungsschutz gibt, was dazu führt, dass es keine Entlassungen gibt, was ja erfreulich ist. Es führt aber auch dazu, dass Personalkosten sehr viel schwerer beeinflusst werden können. Es gibt auch keine Kurzarbeit im öffentlichen Dienst. Die Reaktionszeit, wenn etwas anders kommt als erwartet, ist für die öffentliche Verwaltung wesentlich länger als in der freien Wirtschaft und bei denen ist es meist auch schon recht lange.

Wir unternehmen mit wenigen Anträgen den Versuch gegenzusteuern, wohl wissend, dass die Mehrheitsverhältnisse die Beschlüsse der Klausurtagung festgeschrieben haben. Dies akzeptieren

wir als Meinung der Mehrheit dieses Gremiums. Korrekturbedarf sehen wir bei diversen kleineren Maßnahmen wie Saalbestuhlungen und beim 2. Kunstrasenplatz, der um 21 Prozent teurer geworden ist, aber vor allem muss sich die Verwaltung der Frage stellen, weshalb bei massiven energetischen Sanierungen der Gebäude keine Kostenerfolge oder Einsparungen erzielt werden. Dies will uns nicht in den Kopf. Sind doch gerade die Sanierungen die Maßnahmen, die als Rechtfertigung für die hohe Rücklagenentnahme dienen. Auch wenn nebenbei bemerkt sanierte Gebäude kein Geld auf dem Konto ersetzen. Wir beantragen einen Bericht, der die zukünftige Strategie bei Gebäudesanierungen erläutert.

Der Stellenplan entwickelt sich, wie bereits angesprochen, mit seinen Steigerungen zunehmend zu einem Problemfeld. Die durch die Beschlüsse der Klausurtagung verursachten Stellenzuwächse werden noch durch die zusätzlichen 6,6 Stellen im Betreuungsbereich der Kindergärten und Horte übertroffen. Wir satteln jedes Jahr auf. Wir haben eine super Qualität. Wir betonen alle unisono wie wichtig für uns die Qualität der Kindergärten für die Zukunft ist. Aber wir müssen uns im Klaren sein: Diese Qualität muss auch irgendwie bezahlt werden. Der Anstieg aller Personalkosten muss in den Haushaltsberatungen wirklich kritisch diskutiert werden. Natürlich stellen wir lieber Mitarbeiter ein, anstatt den Anstieg zu begrenzen. Aber die Schere geht auseinander.

Mit der Vorlage zur Dezernatsoptimierung wollen wir nach einem Jahr aus den intensiven Gesprächen Konsequenzen ziehen. Die Zuschnitte der Dezernate werden verbessert, der Diskussion möchte ich nicht vorgreifen. Bestandteil dieses Pakets ist aber auch die Bildung einer halben Stelle eines persönlichen Referenten für den Oberbürgermeister. Ich verwende bewusst diesen Begriff. Trotz der ansteigenden Personalkosten halten wir diese Stelle angesichts der zeitlichen Belastung des Oberbürgermeisters unter anderem wegen seiner repräsentativen Pflichten für angemessen und gerechtfertigt. Da umgekehrt Reibungsverluste im Verwaltungshandeln durch die Optimierung abgebaut werden sollen, ist aus unserer Sicht der Antrag auf eine volle Stelle nicht einzusehen.

Wenn wir kritisch mahnen, dann tun wir dies, damit möglichst viel gut geht. Wir danken für die Erstellung des Haushalts. Er ist sehr gut aufgestellt, sehr transparent. Wir wünschen uns gute und zügige Beratungen." (Applaus)

Für die Grünen bezieht StR Späh wie folgt Stellung: "Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer und Pressevertreter. Mit einem Blick über den Tellerrand unserer Stadt möchte ich beginnen. Noch nie haben sich die Probleme derart gehäuft wie heute. Die Schulden- und Eurokrise erscheinen als das größte Problem, wenn man das Medienecho als Maßstab nimmt. Durch Fukushima und die Auswirkung ist die Energieerzeugung und die weltweite Bedrohung durch die Atomkraft wieder stärker in den Fokus gerückt. Für uns Grüne ist dies ein wichtiger Meilenstein, um die Energiewende in Angriff zu nehmen. Der gravierende Klimawandel, der sich erdgeschichtlich in rasendem Tempo vollzieht, wird dabei nur noch oberflächlich betrachtet. Dabei ist genau diese Entwicklung und die Abwendung und Umkehr dieser Entwicklung das Entscheidende, um unser weiteres Überleben auf diesem Globus zu sichern. Wenn wir es weltweit durch die G20 und die UN nicht schaffen, hier deutlich und in kürzester Zeit die Umkehr einzuleiten, werden die Folgen ökologisch und ökonomisch alle anderen Krisen und Probleme als winzig und bedeutungslos erscheinen lassen. Durch Fukushima ist wenigstens in Deutschland nun ein gemeinsames Bemühen entstanden, eine nachhaltige Energieerzeugung zu schaffen. Dies ist sicher auch der Wahl der neuen grün-roten Landesregierung zuzuschreiben, auf die wir viel Hoffnung setzen. Nach dem 27. 11. muss sie alle Kraft darauf setzen. Dies muss aber begleitet werden von den anderen Ländern und den Kommunen, diesen Weg in den kleineren

Einheiten umzusetzen. Deshalb war es wichtig, dass die Stadt und nun auch der Landkreis sich um die Aufnahme in den European-Energie-Award bemüht haben. Der Landkreis hat bereits eine vielversprechende Potenzialanalyse auf den Weg gebracht. Unsere Hauptblickrichtung für den vorliegenden Haushaltsplan 2012 ist deshalb auf die ökologische Ausrichtung gerichtet. Daneben bilden die soziale und kulturelle Entwicklung mit der Bildung die Kernpunkte unserer Überlegungen.

Durch die verbesserten Gewerbesteuereinnahmen und die damit verminderte Rücklagenentnahme in diesem Haushaltsjahr entsteht etwas Spielraum, um die weitere Entwicklung der oben genannten Punkte anzugehen. Auch im vorliegenden Haushalt scheinen die Einnahmeprognosen eine positive Tendenz aufzuzeigen. Dieser guten Entwicklung unserer Firmen, denen wir für ihr Engagement danken, sowie den Mitarbeitern, die dies ermöglichen, ist es geschuldet, dass wir in Biberach im Verhältnis zu vielen anderen Kommunen deutlich besser dastehen. An der Gewerbesteuerschraube wollen wir nicht drehen. Sollte allerdings die Konjunktur deutlich einbrechen und die Einnahmen deutlich zurückgehen, werden wir dies anschauen müssen. Wir haben noch gute Liquiditätspotentiale, aus denen wir die Beschlüsse aus der Klausur, die zum großen Teil werterhaltende Beschlüsse sind, bestreiten können. Moderate Gebührenerhöhungen sind für uns allerdings kein Tabu. Ich komme später darauf zurück. Durch die geplanten und nun nicht zu realisierenden Zuschüsse für die Realschule entsteht ein größeres Minus, das wir ausgleichen müssen. Ich erwarte, dass hier keine weiteren Überraschungen drohen. Dies gilt auch für die Tiefgaragen, zu denen wir als Stadt bereits erhebliche Mittel gegeben haben und noch weitere Forderungen anstehen.

Die Einnahmen steigen um ca. 8 Mio. Euro. Dies ist erfreulich und überwiegend durch die Gewerbesteuer bedingt. Aus einem Euro Gewerbesteuer bleiben uns allerdings nur knapp 40 Cent übrig. Der Rest wird durch die großen Umlagen wie die Finanz- und Kreisumlage abgeschöpft. Bei den Zuweisungen ist erfreulich, dass die neue Landesregierung angekündigt hat sich in der Kleinkindförderung und auch in der Beteiligung an den Kosten für die Schulsozialarbeit zu beteiligen. Dies ist ein richtiger Schritt und erleichtert uns den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit, vor allem für die Gymnasien. Die Zinseinnahmen, die durch unsere hohen Rücklagen Geld bringen sollten, sind auch in diesem Jahr zu niedrig, um sich positiv auszuwirken. Bei den Ausgaben ist der größte Anteil der Personalhaushalt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir die geforderten neuen Stellen überwiegend zur Verbesserung der Kinderbetreuung durch die KiTa-Verordnung einsetzen. Dazu stehen wir ausdrücklich. Weitere Stellenwünsche sehen wir als Begleitung zu den Klausurbeschlüssen als notwendig und teils auch als vorübergehend an. Den weiteren Stellenmehrungen stehen der Abbau von Stellen und Stellensperrvermerke gegenüber. Geringe Stellenwünsche werden wir benennen. Eine Personalkostensteigerung von knapp drei Prozent ist dadurch und durch Tarifsteigerungen deshalb akzeptabel.

Die Erhöhung der Kreisumlage von 28,4 Prozent auf 30,3 Prozent durch den Landkreis schmerzt natürlich. Durch die verminderte Gewinnausschüttung der OEW und die Verluste im Klinikbereich ist dies zwar nachvollziehbar. Jeder Prozentpunkt kostet uns jedoch ca. 600.000 Euro. Diese Erhöhung in diesem Haushalt wird von uns noch getragen. Wenn aber wie im Vorbericht dargestellt der Krankenhaus-Abmangel zu einer Erhöhung um ca. 6 Prozent führen kann, ist dies nur schwer hinnehmbar. Hier muss der Landkreis frühzeitig die Weichen stellen, um dieses hohe Defizit nicht langfristig entstehen zu lassen. Wir als größter Umlagenzahler haben hier eine besondere Verpflichtung und das Recht dies anzumahnen. Die Rücknahme der Verminderung der Schulbudgets halten wir für richtig. Den Schulen müssen für ihren Bildungsauftrag die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Dem kommunalen Bildungsplan kommt in den nächsten Jahren ebenfalls eine

wichtige Vernetzungsaufgabe im Bildungsbereich zu. Um die Schere in der Gesellschaft etwas zu schließen, muss endlich die Bürgerkarte auf den Weg gebracht werden, um hier einen Ausgleich zu schaffen.

Bei der Bewirtschaftung von Gebäuden sind uns zwei Dinge wichtig. Einerseits wollen wir die Fremdvergabe von Reinigungsleistungen nicht weiter erhöhen, um die soziale Beschäftigungsentwicklung der Stadt zu stärken. Das zweite Augenmerk gilt dem Energieverbrauch durch Wasser, Strom und Wärme. Hier müssen wir alles unternehmen, um gegenzusteuern. Nicht nur aus Haushaltssicht für die Stadt, sondern wie oben erwähnt aus der globalen Sicht, die Umwelt zu schützen und zu erhalten. Die hohe Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 12,3 Mio. Euro gegenüber dem Plan mit ca. 5 Mio. Euro ist ein positives Zeichen für diesen Haushalt. Durch das neue kommunale Haushaltsrecht, das den Werteverzehr erwirtschaften muss, ist ein Haushaltsausgleich schwerer darzustellen. Hier sind wir gespannt, wie diese neue Darstellung im neuen kommunalen Haushaltsrecht sich auf den Haushalt auswirken wird.

Die Ausgaben im Vermögenshaushalt sind mit knapp 34 Mio. Euro noch sehr hoch. Die Baumaßnahmen mit 80 Prozent davon zeigen die Dynamik der Stadt. Davon fließen wiederum 60 Prozent in den Schulbau und fast 20 Mio. Euro in Turn- und Sporthallen. Mit dem Nettoanteil der Stadt für die Realschule mit Sporthalle und Infrastruktur von ca. 27,5 Mio. Euro schultern wir hier eine riesige Aufgabe im Bildungsbereich. Für diese Investitionen müssen ca. 13,7 Mio. Euro aus der Rücklage entnommen werden. Dies ist aber bei der Aufgabengröße gerechtfertigt. Unser Schuldenstand wird mit 0 Euro ausgewiesen. Die ausgelagerten Schulden beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung und Wohnungswirtschaft mit ca. 32 Mio. Euro relativieren dieses Bild. Durch sich verschlechternde Rahmenbedingungen bei den Erlösen der e.wa riss GmbH entstehen für die Zukunft auch hier geringere Erlöse für die Stadtwerke, die wir als Stadt ausgleichen müssen. Durch die geringere Entnahme aus der Rücklage im Jahr 2011 bleibt sie mit einem guten Polster erhalten. Die zweckgebundenen Rückstellungen bilden zusätzlich eine gute Grundlage für die nächsten Jahre.

Für die mittelfristige Finanzplanung lassen sich nur bedingt konkrete Aussagen treffen. Hier muss je nach Entwicklung auf Sicht gefahren werden. Alles andere bleibt Kaffeesatzleserei. Die Beschlüsse der Klausur sind mutige Schritte in die Zukunft. Es soll das Jugendhaus entstehen, auf das die Jugendlichen seit vielen Jahren warten. Hier erwarten wir zeitnah die Standortentscheidung. Der Neubau des Feuerwehrgebäudes und die großen Gebäudesanierungen sichern langfristig die Substanz unserer Liegenschaften. Herr Wersch schreibt im Vorbericht über weitere Vorhaben vom „Biberacher Märchenbuch“. Dies halten wir für nicht angebracht. Nur durch mutige Entscheidungen werden wir die Stadt voranbringen.

Ich komme nun zu unseren Anträgen, die durch unsere Schwerpunkte wie eingangs erwähnt die ökologische, soziale, kultur- und bildungspolitische Komponente abbilden. Bei den Stellen wollen wir die Projektassistenz beim Oberbürgermeister mit einer Stelle belassen, um die Notwendigkeiten, die der Oberbürgermeister begründet hat, zu gewährleisten. Die Museumspädagogik ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Bildung für junge Menschen. Wir wollen durch die Erhöhung des Angebotes dies verstärken und fordern deshalb eine zusätzliche halbe Stelle. Durch Personalkostenzuschüsse wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass an den Gymnasien zukünftig die Möglichkeit besteht, durch Schulsozialarbeit die Problemlagen zu vermindern. Bei der Dollinger-Realschule sehen wir einen erhöhten Bedarf und wollen durch Zuschüsse die Dreiviertel-Stelle auf eine ganze Stelle aufstocken. Bei den Gebühren wollen wir die Bauverwaltungs- und die Parkgebühren um 10 Prozent erhöhen, um die Einnahmeseite zu stärken. Besonders die hohen Investiti-

onen in den Tiefgaragen rechtfertigen hier erhöhte Gebühren. Bei der einkommensabhängigen Einführung der KIGA-Gebühren wollen wir die soziale Komponente bei geringen Einkommen besonders berücksichtigen. Die zeitnahe Einführung der Bürgerkarte soll diese soziale Komponente zusätzlich stärken. Durch den Realschulneubau wird ein erhöhtes Radfahraufkommen im Erlenweg entstehen. Deshalb wollen wir schnellstens den Erlenweg für Radfahrer ertüchtigen. Für Radabstellplätze wollen wir zusätzlich 25.000 Euro in den Haushalt einstellen. Das Förderprogramm Umweltschutz hat sich als gute Ergänzung für Bürgervorhaben im Umweltschutz bewährt. Deshalb sind wir dagegen, dass hier um 30.000 Euro gekürzt werden soll. Dies entspricht nicht unserer Linie und kann auch angesichts der notwendigen Hinwendung zu Klimaschutzziele nicht im Interesse der Stadt liegen. Ein weiterer wichtiger Antrag ist die Forderung die Flächen und Bebauungspläne mit energetischen Kriterien zu unterlegen. Wenn 2018 sowieso der Passivhausstandard Gesetz wird, können wir dies bereits jetzt aufnehmen und hier eine Vorreiterrolle im ökologischen Bewusstsein schaffen. Um Strom einzusparen, wollen wir verschiedene kleinere Maßnahmen zügig umgesetzt wissen. Der Ausbau der LED-Beleuchtung muss zügig kommen. Maßnahmen zum Stromsparen bringen Stand-by-Abschaltungen und eine intelligente Regeltechnik in Gebäuden. Bereits eine Absenkung der Gradzahlen um 1 Grad bringt eine Einsparung um ca. 6 Prozent. Dies muss erreichbar sein. Um den Bürgern die Möglichkeit zur Beteiligung an Bürgerenergiegenossenschaften zu ermöglichen, soll die Verwaltung ein Zuschusskonzept erarbeiten. Auch sehen wir noch Potentiale in der ökologischen Ausrichtung der Beschaffung durch die Verwaltung.

Wir hoffen, dass durch diese Anträge wir unserem Ziel der ökologischen Modernisierung der Stadt mit den Bildungs- und Sozialschwerpunkten näher kommen und damit die Stadt sozialer und grüner wird.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit." (Applaus)

StR Funk äußert sich namens der FDP-Fraktion wie folgt: "Die FDP-Fraktion dankt zu Beginn unserer Haushaltsrede der Verwaltung für die Erstellung und die sehr frühzeitige Zusendung des Haushaltsplanes recht herzlich. Unser Dank gilt vor allem Frau Leonhardt und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wieder hervorragende Zusammenstellung des umfassenden Zahlenmaterials. Der wieder außergewöhnlich gute Vorbericht zum Haushaltsplan 2012 spricht alle wichtigen Themen der Stadt Biberach an. Und dies gilt für den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung gleichermaßen. Wir teilen die Ausführungen zur weltweiten Staatsverschuldung und der kritischen Situation in Europa. Mit der Zeit ersetzt dieser Vorbericht von Frau Leonhardt die Haushaltsreden der Fraktionen. Gut finden wir auch, dass die Verwaltung damit beginnt früher getätigte Beschlüsse dahingehend zu überprüfen, ob die beabsichtigten Ziele bisher auch erreicht wurden und der Einsatz von Steuergeldern gerechtfertigt war. Insgesamt finden wir uns im Vorbericht und im Haushaltsplan gut vertreten, sieht man vom Stellplan einmal ab.

Die FDP-Fraktion hat eigene, klare Vorstellungen wie Biberach in zwanzig Jahren aussehen könnte. Wir verfolgen unsere Ziele mit einem klaren Kurs mit Kompass. Priorität hat in 2012 der Neubau der Realschule mit räumlichem Bildungszentrum und der Sporthalle. Dazu gehören auch die Außenanlagen und Straßen. Wir sind bereit, im kommenden Jahr andere Wünsche zurückzustellen. Anschließend muss aber wieder die Reduzierung des Sanierungsstaus vorangetrieben werden und danach eine angemessene Rücklage für die Stadt aufgebaut werden, sofern nicht beides parallel gelingt. Erst dann beschäftigen wir uns mit neuen Gebäuden im Sinne von zusätzlichen Einrichtungen. Es ist immer notwendig, dass man mit Steuergeldern genauso umgeht, wie mit

seinem eigenen Geld. Wir versichern, dass wir jede zusätzliche Personalstelle kritisch prüfen und im Zweifel ablehnen werden. Dasselbe gilt auch für jeden zusätzlichen Quadratmeter Gebäudefläche.

Mit den geplanten Einnahmen im Verwaltungshaushalt sind wir für das Jahr 2012 einverstanden. Die Gewerbesteureinnahmen sollen 65 Mio. Euro betragen, also so viel, wie wir nach den letzten Schätzungen ungefähr brauchen, um auch den derzeitigen Werteverzehr finanzieren zu können. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und die Grundsteuer B liegen bei 300 Prozentpunkte und damit um ca. 20 Prozentpunkte unterhalb vergleichbarer Städte. Hier ist es unser Ziel, dies noch lange so beizubehalten. Ansonsten gilt: Gebühren und Entgelte verharren viel zu lange auf bescheidenem und teilweise absolut zu niedrigem Niveau. Dies muss sich spätestens ab dem Jahr 2013 ändern. Ein Haushalt ist ein dynamischer Prozess auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Nach unserer Auffassung sollten besonders Gebühren und Entgelte in guten Zeiten erhöht werden. Die Erhöhungen sollten dabei auf mehrere Jahre verteilt werden. Nur in Krisenzeiten alles auf einmal zu erhöhen halten wir für falsch. Zum Vorbericht des Haushaltsplanes 2013 bitten wir Frau Leonhardt um einen zusätzlichen Service. Wir bitten darum, auf Seite 22 bei den Kostendeckungsgraden auch die absoluten Einnahmen- und Ausgabenzahlen zu vermerken. Bei den Ausgaben bitten wir darum, die Abschreibung und Verzinsung separat auszuweisen.

Bei der Ausgabenseite des Verwaltungshaushalts sehen wir den Stellenplan als nicht akzeptabel an, wir kommen dazu später.

Bei einer groben Durchsicht der Einzelpläne glauben wir, was den Überschuss/Zuschussbedarf angeht, deutliche Unterschiede im Verhalten der Dezernate festzustellen. Während die Dezernate II und III versuchen sparsam zu arbeiten, steigt der Zuschussbedarf in den Dezernaten I und IV teilweise exorbitant. Wir werden hier ein wachsames Auge haben. Eine wichtige Zahl weist auch die Anlage 3 aus. Die Unterhaltung der öffentlichen Gebäude und Einrichtungen beträgt für die nächsten Jahre 8.669.900 Mio. Euro. Die letzte grobe Schätzung der FDP-Fraktion für den Werteverzehr bei unseren Immobilien betrug 8 Mio. Euro pro Jahr, nämlich 200.000 qm Gebäudefläche x 2.000 Euro pro qm Neuwert bei einer Lebensdauer von 50 Jahren. Langsam aber sicher bekommen wir immer genauere Zahlen für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt.

Eine große Enttäuschung sind die Veränderungen, die der Vermögenshaushalt für unsere liquiden Mittel und Rücklagen auslöst. Im Vorjahr betrug der Nettoanteil, also der zu finanzierende Teil des Neubaus der Realschule mit dem räumlichen Bildungszentrum und der Sporthalle, 23.137.000 Euro. Mit dem Ausfall des Zuschusses zur Sporthalle mit 835.000 Euro mussten wir rechnen. Nicht aber mit den falschen Berechnungen des Zuschusses zur Schule in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Dadurch erhöht sich der Nettoanteil der Stadt am Projekt von 23 Mio. Euro um 20 Prozent. Das hat Auswirkungen auf die Ergebnisse der Klausurtagung. Der jetzt gewählte Gemeinderat hat bis 2014 zu entscheiden. Für die FDP-Fraktion ist gesetzt: Feuerwehr, Mehrzweckhalle Mettenberg, Sanierung Wieland-Gymnasium und Stadtarchiv. Alles weitere inklusive der Erstellung eines weiteren Kunstrasenplatzes steht für uns zur Disposition. Die Ergebnisse der Klausurtagung wurden unter falschen Voraussetzungen beschlossen. 4,5 Mio. Euro fehlende Zuschüsse entsprechen 11 Mio. Euro Gewerbesteureinnahmen. Dies auch insbesondere deshalb, weil sich unsere frühzeitigen Ausführungen zu den Ausgaben für die Kindergärten und Kinderbetreuung als richtig erwiesen haben. Der Hospital übernimmt hierbei für die Stadt zwar viele Aufgaben bei der Kinderbetreuung, wird aber eventuell das denkmalgeschützte Gebäude „Roter Bau“ der Stadt zur Sanierung andienen.

Die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt 12.340.000 Euro. Nach der Berücksichtigung der „Zweijahresrechnung“ für Kreisumlage und FAG-Umlage reduziert sich die Zuführung auf 10 Mio. Euro und damit auf die Hälfte des Durchschnittes der in den letzten 12 Jahren realisierten Zuführung. Wir müssen also wieder darauf setzen, dass der Abschluss deutlich besser ausfällt als der Plan. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil wir uns für die Zukunft nach unserer Auffassung auf eine deutlich höhere Kreisumlage einstellen werden müssen. Bei 65 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen dürften in Zukunft 21 Mio. Euro statt 18 Mio. Euro Kreisumlage fällig werden.

Eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen ist für die FDP-Fraktion Daseinsvorsorge. Dies gilt gleichermaßen für die Kreistagsfraktion, den FDP-Kreisverband und den FDP-Ortsverband. Die FDP Biberach begrüßt es und hält es für notwendig, dass die OEW sich über ihre Beteiligung bei der EnBW darum kümmert, die beschleunigte Energiewende mitzugestalten. Netze wie Strom-, Wasser- oder Gasleitungen, sowie Straße und Schiene gehören nach unserer Auffassung zu mindestens zu 51 Prozent in staatliche/städtische Hand. Die Kosten für die beschleunigte Energiewende soll die heutige Generation übernehmen. Die FDP-Biberach stellt sich bei ihrem Ausgabenverhalten auf die zukünftig höhere Kreisumlage ein.

Der Stellenplan mit der Beschlussvorlage 182/2011 ist für die FDP-Fraktion in jeder Hinsicht weder akzeptabel noch zustimmungsfähig. Dabei geht es neben der Ausweitung um die Darstellung, die Transparenz, dem erneuten Einsatz des Instrumentes Sperrvermerk und der mangelhaften Ausweisung der echten Mehrkosten, insbesondere ab dem Jahr 2013. Unsere Kritik dazu im Einzelnen:

Bei der Vorlage 182/2011 hätten wir erwartet, dass Herr Simon die Vorlage 2010 verbessert und die Auslagerungen und neue Stellen bei Jugend Aktiv nachrichtlich vermerkt. Stattdessen streicht Herr Simon den nachrichtlichen Vermerk der Stellen der Eigenbetriebe. Bei den Stellenmehr- und -minderkosten wird noch eine Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit abgezogen. Die Mehrkosten für ein volles Jahr, die dann 2013 die Grundlage der Personalkosten bilden, wurden nicht abgebildet. Erneut soll eine Stelle durch die Setzung eines Sperrvermerkes geschaffen werden. Ein alter Trick. Zunächst erhöht die Stelle die Personalkosten nicht. Bei der nächsten günstigen Gelegenheit, zum Beispiel bei einer Schlichtung, wird die Stelle geschaffen.

Wir ärgern uns über solche Vorlagen, aber wir fallen darauf nicht herein. Wir orientieren uns an folgenden Zahlen: Die Stellen ohne Stadtwerke (altes Geschäft) betragen im Jahr 2000 383,4. 2012 waren es 433,9 Stellen, zuzüglich Eigenbetrieb Stadtentwässerung 4,5 Stellen, zuzüglich Ausgliederung Parkhäuser in die Stadtwerke GmbH 5,0 Stellen, zuzüglich Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft 5,0 Stellen, zuzüglich Personalüberleitung auf die Wielandstiftung 1,5 Stellen. Dies ergibt 449,9 Stellen. Dies entspricht einer Steigerung von 66,5 Stellen oder 17,35 Prozent. Die FDP-Fraktion gibt das Geld gerne für Bildungs- und Betreuung und zur Substanzerhaltung aus, aber sie gibt das Geld nicht ein zweites Mal aus.

Die endgültigen Personalkosten betragen im Jahr 2000 in Euro 16.373.682. Für das Jahr 2013 schätzen wir im Vergleich zu dieser Zahl 26,5 Mio. Euro oder eine Steigerung von 62 Prozent. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit sind für uns alle vertretbaren Grenzen überschritten.

Wir beantragen bei der Behandlung des Stellenplanes, mit Ausnahme der Stellen im Kindergartenbereich, jede einzelne Stelle zur Abstimmung zu bringen. Wir beantragen die Parkgebühren in den Hoch- und Tiefgaragen spätestens zum 1. Januar 2013 im Vergleich zu anderen Städten an-

zupassen. Wir beantragen den Kauf einer Kamera (Seite 477) für 40.000,00 Euro zurückzustellen. Netze wie Strom- und Gasleitungen, Wasser- und Abwasserleitungen, Straßen und Schiene, gehören nach Auffassung der FDP-Biberach zu mindestens 51 Prozent in staatliche/städtische Hand. Wir beantragen, dass sich die Stadtverwaltung bei der beschleunigten Energiewende dafür einsetzt, dass Landesregierung und OEW dies berücksichtigen. Ansonsten verzichten wir in diesem Jahr vollständig darauf, die Verwaltung mit Anträgen und Anfragen zu beschäftigen. Wir fühlen uns von mehreren Dezernenten und von sehr vielen Amtsleitern gut verstanden und im Haushaltsplan ordentlich bedient.

Für die Zukunft erlauben wir uns aber noch einige Wünsche an die Verwaltung mit auf den Weg zu geben: Der Kirchplatz wird jetzt nun schon zum zweiten Mal gepflastert, bevor die Altstadtsanierung Ost wirklich begonnen wurde. Wir bitten darum, dass die Sanierung der Straßen und Plätze im Osten der Stadt auch ohne Zuschüsse des Landes angegangen wird. Es ist jetzt das eingetreten, was wir befürchtet haben, als die Landessanierungsmittel für das Ärztehaus und für das JUKS-Haus verwendet wurden.

Zum EnBW-Haus in der Bahnhofstraße bitten wir die Verwaltung in Gesprächen mit der EnBW dafür zu sorgen, dass hier kein zweites Steigerlager entstehen wird. Wir erinnern daran, dass die FDP-Fraktion dieses Problem bereits beim Antrag für den Neubau der EnBW lösen wollte.

Vor dem Bau einer weiteren Tief- oder Hochgarage bleibt neben ebenerdigen Stellplätzen der Einsatz des Marktshuttles eine Alternative in Spitzenzeiten.

Für uns darf es keine Sanierung des Roten Baues durch den Hospital geben. Der Rote Bau sollte nun der Stadt Biberach angedient werden. Herr Kuhlmann sollte sich dem Problem unter Einbeziehung des Denkmalamtes und des Verein Stadtforum nochmals, aber auch abschließend annehmen.

Im Laufe des Jahres 2012 erhält der Gemeinderat eine Vorlage mit einer konsolidierten Betrachtung der Parkplatzsituation und den Einnahmen aus den Parkplätzen, also Stadt und Stadtwerke zusammen.

Wir bitten nun um Zustimmung zu unseren Anträgen und wir freuen uns auf hoffentlich schnelle und trotzdem gute Beratungen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit." (Applaus)

Damit ist die 1. Lesung des Haushalts 2012 abgeschlossen.

TOP 3 Aufstellung des Bebauungsplanes "Köhlesrain I - 1. Änderung"

181/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 181/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte am 10.11.11 in öffentlicher Sitzung.

StR Wiest ist befangen und verlässt den Ratstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den in Drucksache Nr. 181/2011 markierten Bereich im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan Nr. 11-067 vom 11.10.2011, wird der Bebauungsplan "Köhlesrain I – 1. Änderung" gemäß § 1 Abs. 3 BauGB aufgestellt. Das Bebauungsplanverfahren wird nach § 13a (Bebauungspläne der Innenentwicklung) durchgeführt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 184/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 07.11.11.

OB Fettback führt aus, folge der Gemeinderat dem Antrag aus der Vorberatung, bringe dies eine Stärkung aller Dezernate mit sich und auch eine Optimierung. Man werde sich sehr disziplinieren in der Frage, wer die Vertretung nach außen vornehme. Ob und inwieweit dies Veränderungen zum Bedarf eines OB-Referenten habe, werde man im Rahmen des Stellenplans diskutieren. Er macht auf eine Klarstellung zu Ziffer 1d des Beschlussantrags aufmerksam und bittet das Wort "Beiträge" durch das Wort "Erschließungsbeiträge" zu ersetzen.

StR Abele führt aus, der gemeinsame Antrag von CDU-Fraktion und Freien Wählern bringe eine jahrelange Diskussion zur Optimierung zum Ende. In der Vergangenheit sei das Thema sehr emotional diskutiert worden und sei Grund für viele Vorwürfe gewesen. Die gemeinsame Initiative mit den Freien Wählern solle dazu dienen, einen Knopf an das Thema zu bringen. Man werde den Oberbürgermeister daran messen, wie er das neue Aufgabengebiet im Bereich Bildung und Betreuung wahrnehmen werde. Er stellt klar, dass der Antrag auch nicht Ausdruck der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der bisherigen Aufgabenerledigung sei. Gleiches gelte für die Veränderungen bei den Aufsichtsratsvorsitzen. Die e.wa riss GmbH habe in der Vergangenheit eine gute Entwicklung genommen, auch was die Ausschüttungen betreffe. Die CDU-Fraktion sei auch mit den abweichend vom Antrag vorgeschlagenen Beschlussanträgen einverstanden.

Man sehe durch den Beschluss eine Stärkung aller Dezernate. Der Antrag sei auch das Ergebnis der Gespräche mit Prälat im Ruhestand Klumpp. Man erwarte von Seiten der CDU-Fraktion, dass alle Beteiligten, der Gemeinderat und die Dezernenten, ohne Befindlichkeiten die Beschlussanträge umsetzen, damit die Veränderungen zum Wohle der Bürger greifen könnten.

StRin Kübler schickt voraus, der Antrag zur Umstrukturierung sei das gemeinsame Ergebnis der Gespräche mit Prälat Klumpp gewesen. Weiterer Tenor der Gespräche sei gewesen, dass man künftig einen guten Umgang miteinander pflege, was eine faire Streitkultur nicht ausschließe. Nach dem letzten Gespräch mit Herrn Klumpp sei sie davon ausgegangen, dass ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen gestellt werde. Es sei schade, dass es nun anders gekommen sei. Die SPD-Fraktion stimme dennoch zu. Es würden zum Teil Forderungen umgesetzt, die die SPD-Fraktion schon vor 2 Jahren gestellt habe. Man hoffe, dass die Veränderungen bald zum Tragen kämen.

StR Zügel meint, die Gespräche unter Leitung von Herrn Klumpp hätten die Sinne geschärft und Erkenntnisse erhellt. Im Nachhinein könne man feststellen, dass der Prozess jedem etwas Befruchtendes gebracht habe. Der Erkenntnisgewinn sei in die Dezernatsoptimierung gemündet, die zur Vermeidung von Reibungsverlusten führen solle. Für die Bürger sei vermutlich nur der Wechsel im Bereich der Kindergärtenzuständigkeiten und im Bereich Aufsichtsräte von Belang. Bisher sei der Finanzdezernent als Hüter und Wächter der Finanzen auch gegenüber anderen Kindergartenträgern derjenige gewesen, der diese Interessen gegenüber ihnen habe durchsetzen müssen. Diese Funktion gehe nun auf OB Fettback über und man wünsche ihm Durchhaltevermögen. Es handle sich um einen großen Kostenblock, der aufmerksam betrachtet werden müsse.

Die Bürger erwarteten eine reibungslos funktionierende Verwaltung und dass der Gemeinderat seine politische Arbeit erledige und sich vertrage. Eine Streitkultur sei richtig. Er habe keinen Hin-

weis in den Protokollen von Herrn Klumpp gefunden, dass ein gemeinsamer Antrag erfolgen solle. Das praktizierte Vorgehen sei normaler demokratischer Alltag, politisch Gestaltungswillen zu tätigen.

StR Späh meint dagegen auch es wäre Ziel gewesen, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu stellen, weshalb auch die Grünen über das Vorpreschen von zwei Fraktionen erstaunt gewesen seien. Man stimme dem Antrag zu.

StR Funk **beantragt** getrennte Abstimmung. Er begründet dies damit, dass man immer gegen die Auflösung von Baudezernat und Kulturdezernat gewesen sei, aber immer erklärt habe, dass wenn gespart werden müsse, dann beim Kulturdezernenten, der 2008 in das Verwaltungsdezernat einverleibt worden wäre. Was die Stadtwerke betreffe sei es schon immer Wunsch der FDP-Fraktion, dass möglichst viel auf Gemeinderatsebene entschieden werde. Wer den Geschäftsführer kontrolliere sei dabei egal, sofern derjenige etwas von der Arbeit verstehe, was bei EBM Wersch der Fall sei.

Er stellt klar, die Gespräche mit Prälat Klumpp hätten nur mit den Fraktionsvorsitzenden und nicht mit der gesamten Fraktion stattgefunden. Ursprung sei nicht die Dezernatsoptimierung gewesen, sondern etwas ganz anderes. Er habe eine schriftliche E-Mail von OB Fettback an alle Fraktionsvorsitzende zum Thema Dezernatsoptimierung, wonach die Verwaltung, so dies Wunsch aller Fraktionen sei, eine Vorlage erstelle zur nichtöffentlichen Vorberatung im Hauptausschuss und öffentlicher Beschlussfassung im Gemeinderat. Wer gegen diese Absicht verstoße und dies dann schön reden wolle, müsse sich nicht über eine Gegenrede wundern.

OB Fettback bestätigt, dass anfangs nur Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden geführt worden seien und dass er den Vorschlag zur Dezernatsoptimierung eingebracht habe mit dem Ziel, dass sich eine möglichst große Mehrheit dafür ausspreche. Nun sei ein anderes Vorgehen gewählt worden. Am Ende zähle das Ergebnis. Auch er halte den geführten Prozess für wichtig, wobei Derartiges die Ausnahme und nicht die Regel sein sollte.

StR Keil kündigt aus persönlichen politischen Gründen an, sich zu enthalten. Seines Erachtens sollte der Aufsichtsratsvorsitz von Stadtwerken und e.wa riss GmbH weiterhin durch den Oberbürgermeister wahrgenommen werden. Die Probleme und Chancen der Energiewende hätten unabhängig von der Person das Gewicht des Oberbürgermeisters erfordert.

Dann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung und stimmt vorab über Ziffer 1b des Beschlussantrags ab, dem bei 3 Nein-Stimmen (StRe Bode, Braig, Funk) und restlichen Ja-Stimmen **zugestimmt** wird. Der restlichen Vorlage wird bei 1 Enthaltung (StR Keil) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat erteilt sein Einvernehmen gemäß § 44 Absatz 1 Satz 2 der Gemeindeordnung zur Neuordnung der Dezernate zum 01.01.2012 wie folgt:**
 - a) Das Amt für Gebäudemanagement (bisher Finanz- und Wirtschaftsdezernat) wird dem Baudezernat zugeordnet.**

- b) Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport (bisher Finanz- und Wirtschaftsdezernat) wird dem Verwaltungsdezernat des Oberbürgermeisters zugeordnet.**
 - c) Das Forstamt (bisher Verwaltungsdezernat) wird dem Finanz- und Wirtschaftsdezernat zugeordnet.**
 - d) Der Bereich Erschließungsbeiträge (bisher Baudezernat) wird dem Finanz- und Wirtschaftsdezernat zugeordnet (abweichender Übergangszeitpunkt: voraussichtlich 01.07.2012).**
- 2. Der Gemeinderat stellt diese Beschlüsse unter den Vorbehalt, dass der Oberbürgermeister in eigener Zuständigkeit den Finanzbürgermeister zum 01.01.2012 als städtisches Mitglied in die Aufsichtsräte von Stadtwerke Biberach GmbH und e.wa riss GmbH und Co KG entsendet und dieser damit den jeweiligen Vorsitz der Aufsichtsräte wahrnimmt.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Hauptsatzungsänderung vorzulegen mit dem Inhalt, dass die Entsendung der städtischen Mitglieder in die Aufsichtsräte durch den Oberbürgermeister nur im Einvernehmen mit dem Gemeinderat erfolgen kann.**

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 178/2011 und 178/2011-1 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 07.11.11.

OB Fettback verweist auf diese gut verlaufene Vorberatung.

StR Hagel äußert sich namens der CDU-Fraktion erfreut, dass nach der langen Vorgeschichte ein Mitteilungsblatt realisiert werde. Bezüglich des Namens meine man, dass "Biberach Kommunal" das vermittele, was das Blatt sein solle, nämlich überparteilich, keine Meinungspressen und keine Konkurrenz zur bestehenden Presse.

Weiter bezeichnet er es als wichtig, dass alle im Gemeinderat vertretenen Gruppierungen, im Zweifel auch Einzelpersonen, dort zu Wort kommen könnten mit gleichen Textanteilen. Die CDU-Fraktion stimme insgesamt mehrheitlich zu, auch zum maximalen Seitenumfang von 24 Textseiten und dass Werbung aufgenommen werde, wobei erklärt worden sei, dass der Werbeanteil vom Umfang wesentlich geringer sein werde.

StR Lemli zeigt sich froh, dass man auf der Zielgeraden für das Mitteilungsblatt laufe. Er habe die Ansicht vertreten, dass nur Gruppierungen zu Wort kommen sollten und keine Einzelpersonen, da man aktuell dieses Problem gar nicht habe und gegensteuern könnte, jetzt also kein Handlungsbedarf bestehe. Die Mehrheit der SPD-Fraktion könne sich jedoch mit dem Namen "Biberach Kommunal" nicht anfreunden. Er **beantragt** als Name "Biberach aktuell".

StR Zügel bezeichnet es als richtig, dass das Mitteilungsblatt eine Ergänzung zu den bestehenden Print- und Internetmedien sein werde. Wichtig erscheine ihm auch die Außendarstellung des Gemeinderats im amtlichen Teil. Schwer tue man sich mit dem Namen "Biberach Kommunal". Eine Abgrenzung zum Landkreis sei durch den Untertitel gegeben. Auch wenn man sich hätte einen anderen Namen vorstellen können, schließe man sich der Hauptausschussempfehlung an.

StR Funk meint, das Redaktionsstatut hätte am Anfang aller Entscheidungen stehen sollen. Er fragt, wer für Redaktionsentscheidungen zuständig sei. Die FDP-Fraktion sei nach wie vor gegen ein Mitteilungsblatt. Der Vorlage könne man dennoch zustimmen, da auch Gruppierungen zu Wort kommen sollten, wobei er durchaus an die Piratenpartei denke.

Herr Simon lässt wissen, die Fraktionen seien für ihren Part selbst verantwortlich, sofern nichts Sittenwidriges oder etwas, das sonst den Statuten widerspreche, publiziert werden solle. Der Oberbürgermeister sei für den gesamten redaktionellen Teil presserechtlich verantwortlich, was er im Tagesgeschäft auf die Pressestelle delegieren werde. Man gehe davon aus, dass in der Wochenroutine Frau Appel entscheiden werde und auch entscheide, gegebenenfalls ihn als Hauptamtsleiter oder den Oberbürgermeister einzuschalten. Redakteurin Ruf-Sprenger sei reine Wortproduzentin.

Dann wird Ziffer 1 von Drucksache 178/2011-1 einstimmig zugestimmt.

Der **Antrag** für die Bezeichnung "Biberach aktuell" zu wählen wird mit 7 Ja-Stimmen (StRe Drews, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Schmid, Sonntag, Weber) und mehr Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Ziffer 2 der Vorlage wird bei 7 Enthaltungen **zugestimmt**. Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat beschließt das Redaktionsstatut für das Mitteilungsblatt der Stadt Biberach (Anlage 1 von Drucksache Nr. 178 - 1/2011).**
- 2. Das Mitteilungsblatt der Stadt Biberach erhält die Bezeichnung "Biberach Kommunal", mit der Unterzeile "Mitteilungsblatt der Stadt Biberach an der Riß".**

TOP 6 Neufassung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Biberach

176/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 176/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 07.11.11.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen laut Anlage 1 wird beschlossen.

TOP 7 Förderrichtlinien zur Kooperation zwischen kommunalen Kultureinrichtungen, freien Kulturvereinigungen, gemeinnützigen Einrichtungen der Jugend, Bildungs- und Sozialarbeit sowie des Sports mit Kindertageseinrichtungen sowie allgemein bildenden Schulen in der Stadt Biberach

175/2011

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 175/2011 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 07.11.11.

OB Fettback führt ins Thema ein und erinnert daran, dass die Förderrichtlinien bereits Thema beim Bürgerkulturgespräch gewesen seien. Die Praxis werde über Erfolg oder Misserfolg entscheiden und man werde kein Projekt unnötig fördern. Gemeint seien auch Kultur- und Sporteinrichtungen und nicht nur die vorschulische Betreuung an Kindergärten und Schulen. Man habe im Rahmen der Vorberatung zugesagt, nach zwei Jahren zu berichten.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Förderrichtlinien (Anlage zu Drucksache Nr. 175/2011) zur Kooperation zwischen kommunalen Kultureinrichtungen, freien Kulturvereinigungen, gemeinnützigen Einrichtungen der Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit sowie des Sports mit Kindertageseinrichtungen sowie allgemeinbildenden Schulen in der Stadt Biberach werden verabschiedet.

TOP 8 Resolution des Gemeinderats zur Volksabstimmung am 27.11.2011

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag mit Resolution der CDU-Fraktion vom 14.11.11 zur Entscheidung vor.

OB Fettback verdeutlicht, für ihn sei die Situation unangenehm. Als Privatperson versuche er sich für Stuttgart 21 einzusetzen. Er stimme der Resolution in dem Punkt zu, in dem sie dazu aufrufe, zur Abstimmung zu gehen. Im Übrigen sei der Prozess um Stuttgart 21, der seit Anfang der 90er-Jahre laufe, mehr als ausdiskutiert und es gehe nicht darum mehr oder weniger Recht zu haben. Jetzt sei es an der Zeit für eine Volksabstimmung. Diese müsse seines Erachtens die strikte Ausnahme sein und gehörte wenn an den Anfang eines Prozesses. Da man nun den Weg gehe, das Volk zu befragen, habe eine Resolution seines Erachtens in einem Gremium nichts mehr zu suchen, zumal kein einstimmiger Beschluss zu erwarten sei. Er werde der Resolution daher nicht zustimmen.

StR Abele meint dagegen, ein demokratisch gewähltes Gremium müsse zu wichtigen politischen Projekten, die die Raumschaft betreffen, politisch Stellung beziehen können. Er habe versucht, die Emotionalität aus der Resolution heraus zu nehmen, weshalb er den Teilnahmeaufruf vorangestellt habe. Er sei auch der Meinung, dass derartige Instrumente nicht inflationär eingesetzt werden sollten. Der zweite Part der Resolution habe einen räumlichen Bezug und die Aussagen seien bewiesen und nicht bestreitbar. Er räumt ein, dass die Resolution eine Tendenz wiedergebe, meint aber, es sei Ausgewogenheit gegeben.

StR Lemli hält entgegen, bewiesen sei überhaupt nichts. Jede Gruppierung beweise, dass ihre Meinung richtig sei. Was in der Resolution stehe sei Meinung der CDU-Fraktion. Er wolle die Inhalte aber gar nicht bewerten, da jeder Bürger selbst entscheiden solle. Der Vorschlag zur Volksabstimmung komme von der SPD, da das Volk gespalten gewesen sei. Die CDU sei dagegen gewesen, weshalb es ihn nun wundere, dass eine Resolution beantragt werde. Man dürfe das Volk nicht bevormunden. Es entspräche seines Erachtens parlamentarischen Gepflogenheiten, bei Volksentscheiden auf eine Resolution zu verzichten.

Man lasse das Volk entscheiden, meint StR Zügel. Er halte es aber für wichtig, dass ein demokratisch gewähltes Gremium sich artikuliere, egal ob für oder gegen die zu Frage stehende Abstimmung. Ebenso wichtig sei die Aufforderung zur Teilnahme an der Volksabstimmung. Er dankt der CDU-Fraktion für den Resolutionsantrag, der von der FW-Fraktion befürwortet werde.

StR Dr. Schmid meint dagegen, die Volksabstimmung solle zur politischen Befriedung beitragen. Dies sei Grundgedanke der direkten Demokratie. Eine Resolution trage unnötig die Landespolitik in den Gemeinderat. Er spricht sich auch gegen eine Verbindung mit der Elektrifizierung der Bahn aus und meint, der Gemeinderat sollte Resolutionen als Instrument nicht überstrapazieren, wenn klar sei, dass ein Teil des Gemeinderats sich gegen die Resolution aussprechen werde. In der Resolution würden altvertraute CDU-Thesen zu Stuttgart 21 vorgetragen. Abgewogene Informationen könne man jedoch aus der Informationsbroschüre der Landesregierung entnehmen. Die Resolution münde in eine einseitige Wahlempfehlung und konterkarriere den Grundgedanken einer Volksabstimmung. Er bittet die CDU-Fraktion, den Antrag zurückzuziehen. Entscheiden sollten die Bürger.

StR Funk gibt zu verstehen, er sei grundsätzlich der Meinung, mit Resolutionen sollte im Gemeinderat vorsichtig agiert werden. Die letzte habe man im Zuge des Irakkriegs verabschiedet. Dieses

Thema sei sehr weit weg von Biberach gewesen. Das aktuelle Thema sei nah mit Biberach verknüpft. Die FDP-Fraktion unterstütze die Resolution. Wichtig sei vor allem der letzte Satz. Die Fragestellung verunsichere die Bürger in ihrem Abstimmungsverhalten, weshalb die Resolution auch wichtig sei, damit man nachlesen könne, welche Auswirkungen eine Stimmabgabe habe.

Ohne weitere Aussprache wird der CDU-**Antrag** mit 10 Nein-Stimmen (OB Fettback, StRe Drews, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Somit verabschiedet der Gemeinderat mehrheitlich folgende Resolution:

Resolution des Gemeinderates der Stadt Biberach zur Volksabstimmung am 27.11.2011

Der Gemeinderat der Stadt Biberach hat sich in seiner Sitzung vom 21.11.2011 mit der am 27.11.2011 anstehenden Volksabstimmung zum Kündigungsgesetz zu Stuttgart 21 befasst und folgende Resolution verabschiedet:

Bei der Volksabstimmung am 27.11.2011 stimmen die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg darüber ab, ob das Land Baden-Württemberg die Projektfinanzierungsverträge zu Stuttgart 21 mit den übrigen Projektträgern kündigen soll. Der Gemeinderat der Stadt Biberach ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an der Volksabstimmung zu beteiligen.

Denn die Vorteile des Zukunftsprojektes Stuttgart 21 für Baden-Württemberg und damit auch für Biberach überwiegen deutlich:

1. Stuttgart 21 ist nicht nur ein Bahnprojekts in Stuttgart, sondern die zentrale Grundlage für die Zukunft des Schienenverkehrs in ganz Baden-Württemberg. Die Regionen des Landes werden direkt und umsteigefrei verknüpft. Der Nah- und der Fernverkehr wird besser verzahnt.
2. Die Region Biberach profitiert von Stuttgart 21 im Besonderen.
 - a) Neubau der Bahnstrecke Ulm-Wendlingen, um eine schnelle Anbindung Oberschwabens an die Landeshauptstadt, an die Messe und an den Flughafen zu erhalten.
 - b) Elektrifizierung der Südbahn, damit eine umweltschonende Fortbewegungsmöglichkeit vom Bodensee bis nach Stuttgart vorhanden ist.
3. Bei Nichtdurchführung des Projektes Stuttgart 21 und der geplanten Neubaustrecke Stuttgart – Ulm gibt es derzeit keine geplante Alternative zu diesem Bahnprojekts und schon gar keine Finanzierung eines neuen Bahnprojekts. Entsprechende Finanzierungsbeiträge des Bundes und der Bahn von über 3 Mrd. Euro würden dann nicht nach Baden-Württemberg fließen.
4. Es besteht die Gefahr hoher Schadensersatzzahlungen durch das Land Baden-Württemberg an die Bahn, ohne dass ein neuer Bahnhof gebaut wird oder sonst eine Gegenleistung besteht.

Wer für das Projekt Stuttgart 21 stimmen will, muss dann mit „NEIN“ gegen das Kündigungsgesetz stimmen.

TOP 9.1 Bekanntgaben - Zukunftscafè Biberach - Projekt der Hochschule

OB Fettback lässt wissen, es finde ein Projekt/Workshop der Hochschule mit dem Titel "Zukunftscafè Biberach" statt. Dies finde er gut, da ohne Vorlenkung oder Beeinflussung Themen von den Studenten entdeckt würden, ohne Beeinflussung durch Oberbürgermeister, Baubürgermeister, Polizei oder andere Prozessbeteiligte.

TOP 10.1 Verschiedenes - Sauberkeit Gigelberg

StR Heinkele bringt vor, die Sauberkeit des Gigelbergs bereite immer wieder Sorge. Unbekannt sei oft, wer für Verunreinigungen verantwortlich sei. Ende Oktober seien in 3,5 Tagen zwei Kubikmeter Müll von zwei Mitarbeitern des Baubetriebsamts entsorgt worden. Sie seien zwei Stunden mit Aufräumarbeiten beschäftigt gewesen. Er fragt, wer die Kosten hierfür trage.

OB Fettback kündigt an, der Sache nachzugehen.

Gemeinderat, 21.11.2011, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadtrat:	Keil
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann